



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

10. Juli 2020

Wochenbericht KW 28

forsa | Kantar | FG Wahlen

Wähleranteile:	Union bei 39 % bzw. 38 %, SPD bei 15 % bzw. 14 % Grüne zwischen 20 % und 17 %, AfD zwischen 11 % und 9 %
Problemlösungskompetenz:	45 % trauen der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Regierungszufriedenheit:	7 von 10 Bürgern bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land positiv 9 von 10 Bürgern sind mit der Lebensqualität in Deutschland zufrieden
Thema der Bundesregierung	Coronavirus, Wirtschaftspolitik
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	38 (-)	38 (+1)	39 (-1)
SPD	14 (-)	15 (-1)	15 (-)
FDP	5 (-1)	6 (-)	5 (-)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)	7 (-)
B'90/Grüne	18 (+1)	17 (-2)	20 (+1)
AfD	10 (-)	11 (+1)	9 (-)
Sonstige	7 (-)	5 (+1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	29.06.-03.07.	02.-08.07.	07.-09.07.

Die Union liegt bei forsa 24 (-), bei FG Wahlen 24 (-1) und bei Kantar 23 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	45 (+1)
SPD	7 (-)
Grüne	5 (-)
sonstige Parteien	5 (-1)
keine Partei	38 (-)
Erhebungszeitraum	29.06.-03.07.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 38 (+1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 7 (+1) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (12.07.2020)

² im Vergleich zur KW 26

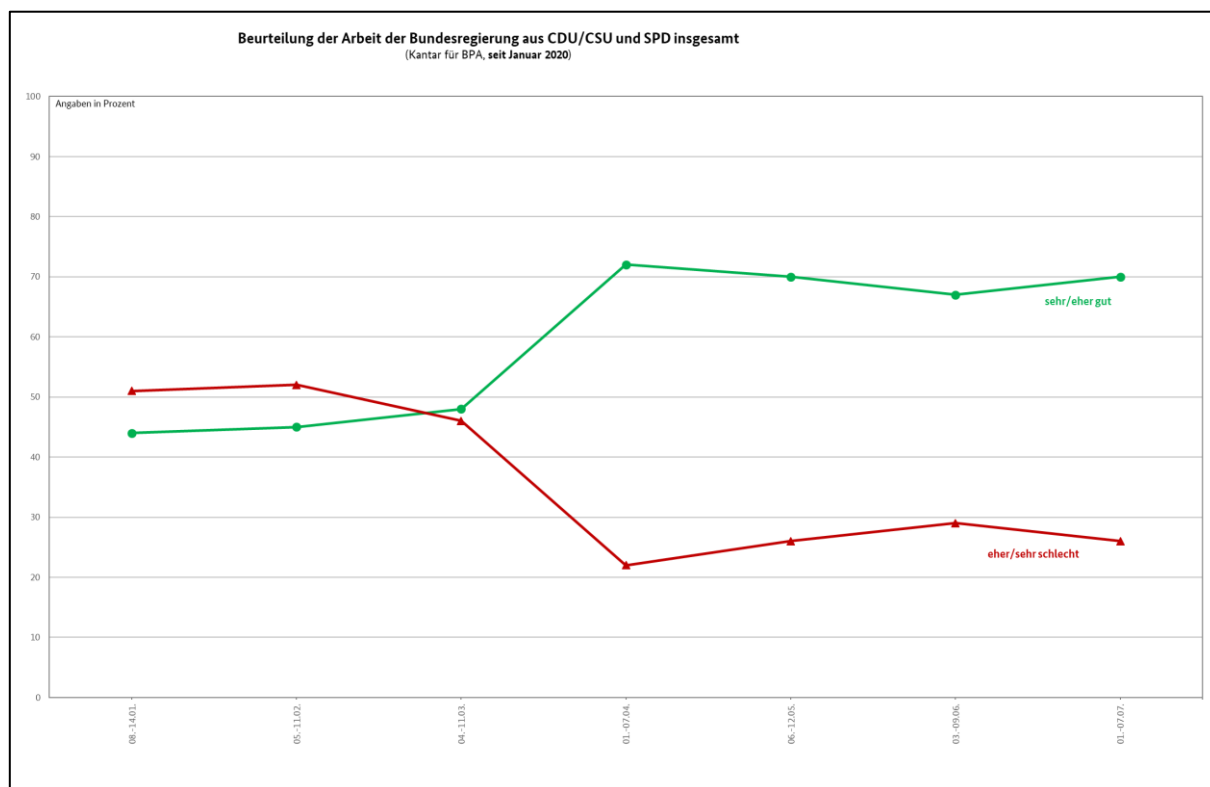
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Juli 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 24

	Kantar für BPA
sehr gut	7 (-2)
eher gut	64 (+6)
eher schlecht	20 (-1)
sehr schlecht	6 (-1)
Erhebungszeitraum	01.-07.07.

Personen mit hoher formaler Bildung (78 %), Anhänger der Grünen (88 %), der Union (86 %) und der SPD (84 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen 50- bis 59- Jährige (36 %), Ostdeutsche (35 %) und Anhänger der AfD (71 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juli 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	74 (+1)	25 (+2)	1 (-1)	0 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	66 (-1)	32 (+2)	2 (-)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (-)	32 (+2)	2 (-1)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-3)	35 (+3)	4 (-)	0 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (-)	37 (-)	2 (-1)	1 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	56 (-)	38 (+3)	5 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (+6)	36 (-8)	5 (+1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (+2)	40 (-3)	4 (+1)	1 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	49 (+5)	44 (-5)	6 (-)	1 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-)	42 (-1)	8 (+1)	2 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (-1)	46 (+4)	6 (-2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	42 (-3)	41 (+4)	12 (-1)	3 (-)
neue Technologien fördern	41 (+2)	45 (-4)	10 (+1)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+6)	47 (-)	10 (-4)	4 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (-)	49 (+1)	12 (-2)	2 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (-2)	47 (+3)	11 (-)	4 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (-5)	46 (+6)	13 (-2)	4 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (+1)	54 (+3)	9 (-4)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	27 (-2)	56 (+1)	13 (-1)	3 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	27 (+3)	50 (-)	17 (-4)	4 (-)
Staatsschulden begrenzen	26 (-)	50 (+1)	17 (-3)	5 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (-2)	58 (+5)	13 (-3)	2 (-1)
Erhebungszeitraum	01.-07.07.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. 30- bis 49-Jährige (80 %) und Anhänger der Linkspartei (91 %) bewerten sie überdurchschnittlich oft als sehr wichtig. Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung nennen gute Bildungsmöglichkeiten häufiger als wichtigste politische Aufgabe als Personen mit niedriger formaler Bildung (78 % zu 66 %).

Die Bereiche Innere Sicherheit gewährleisten und die Zuwanderung von Ausländern regeln haben an Bedeutung gewonnen (jeweils +6 Prozentpunkte). Zudem betrachtet die Bevölkerung es häufiger als sehr wichtig, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen (+5 Prozentpunkte).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Juli 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2020

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	71 (-2)	21 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	71 (+1)	24 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	70 (-4)	24 (+3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	65 (+8)	31 (-7)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	64 (+7)	31 (-6)
innere Sicherheit gewährleisten	64 (-9)	32 (+8)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (-1)	34 (+3)
Verbraucherschutz stärken	62 (+3)	31 (-5)
neue Technologien fördern	57 (+3)	36 (-4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	57 (+2)	41 (-2)
Staatsschulden begrenzen	54 (-5)	38 (+4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	50 (+2)	43 (-2)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-)	47 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	49 (+6)	48 (-6)
Energiewende zügig vorantreiben	48 (+7)	48 (-7)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	48 (+2)	49 (-3)
Altersversorgung langfristig sichern	44 (+2)	53 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	42 (-2)	54 (+3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (-1)	56 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	35 (+2)	62 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (-2)	64 (+3)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	31 (-1)	66 (+3)
Erhebungszeitraum	01.-07.07.	

In 12 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in sechs Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Die Arbeit der Bundesregierung im Bereich innere Sicherheit bewerten im Vergleich zur Vorerhebung weniger Bundesbürger mit sehr oder eher gut (-9 Prozentpunkte).

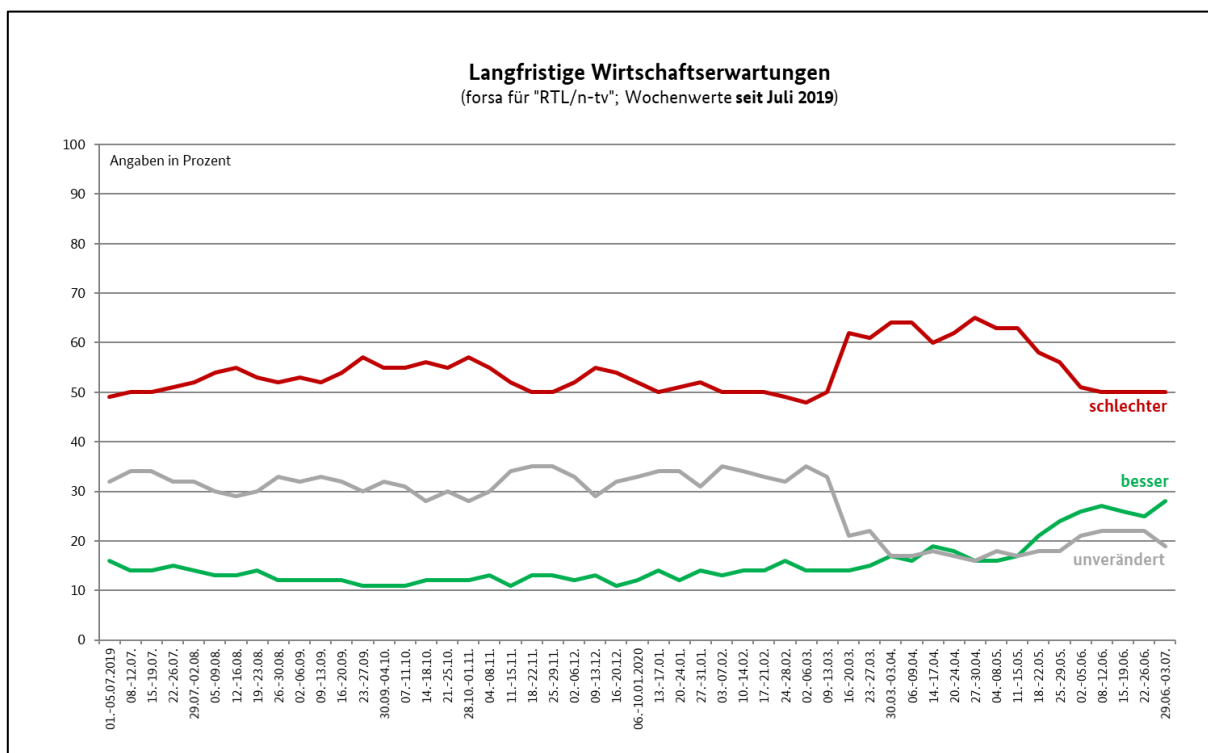
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	28	(+3)
schlechter	50	(-)
unverändert	19	(-3)
Erhebungszeitraum	29.06.-03.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich in dieser Woche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt dennoch um 22 (-3) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



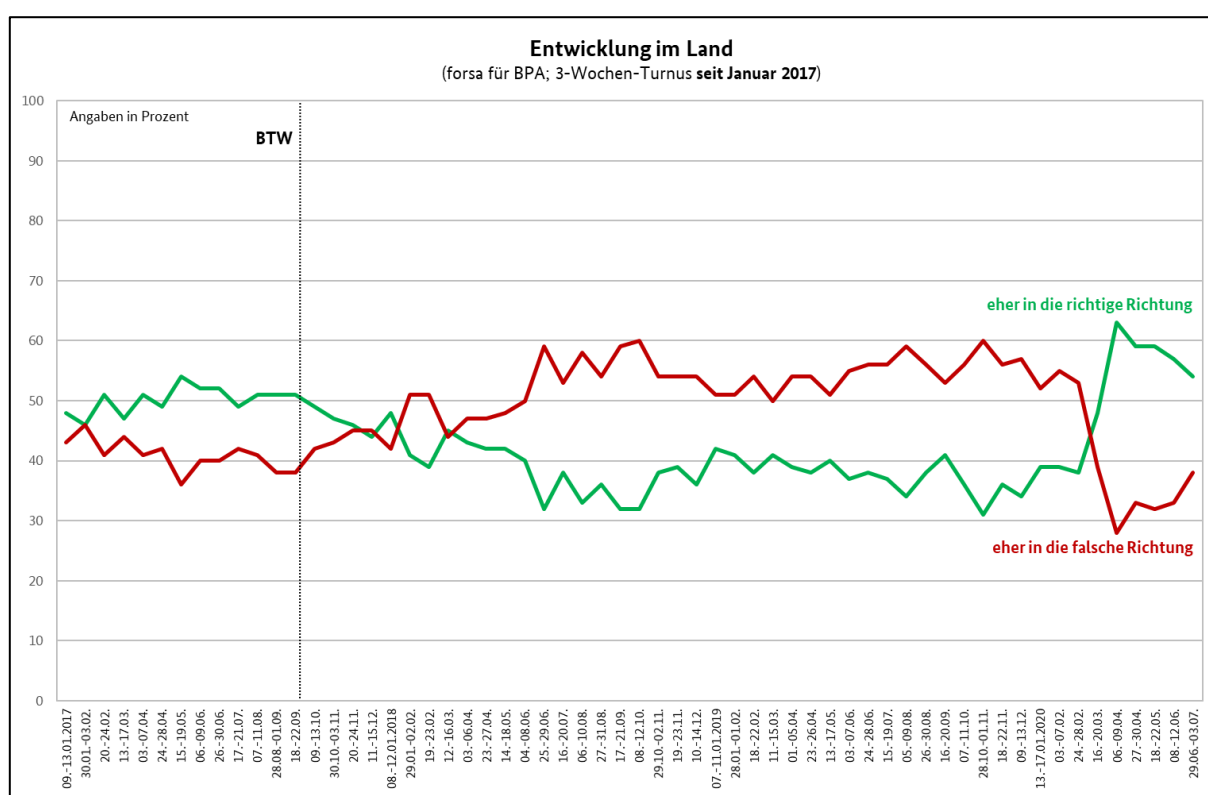
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	54 (-3)
eher in die falsche Richtung	38 (+5)
Erhebungszeitraum	29.06.-03.07.

Anhänger der Union (69 %) und der Grünen (64 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Personen mit hoher formaler Bildung glauben das eher als Personen mit einfacher formaler Bildung (60 % zu 44 %) und Frauen häufiger als Männer (60 % zu 49 %).

Für Ostdeutsche (48 %) und Anhänger der AfD (89 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	90 (-1)	10 (+2)
Lage am Arbeitsmarkt	59 (-)	34 (+1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52 (-8)	48 (+10)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43 (+1)	48 (-1)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	41 (+1)	54 (-)
Sicherung der Altersversorgung	41 (+3)	57 (-2)
Umwelt- und Klimaschutz	41 (+2)	58 (-1)
Schul- und Bildungssystem	40 (+1)	57 (+1)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	39 (-)	59 (-)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	36 (+2)	59 (-1)
Versorgung von Pflegebedürftigen	34 (+1)	59 (-3)
Erhebungszeitraum	29.06.-03.07.	

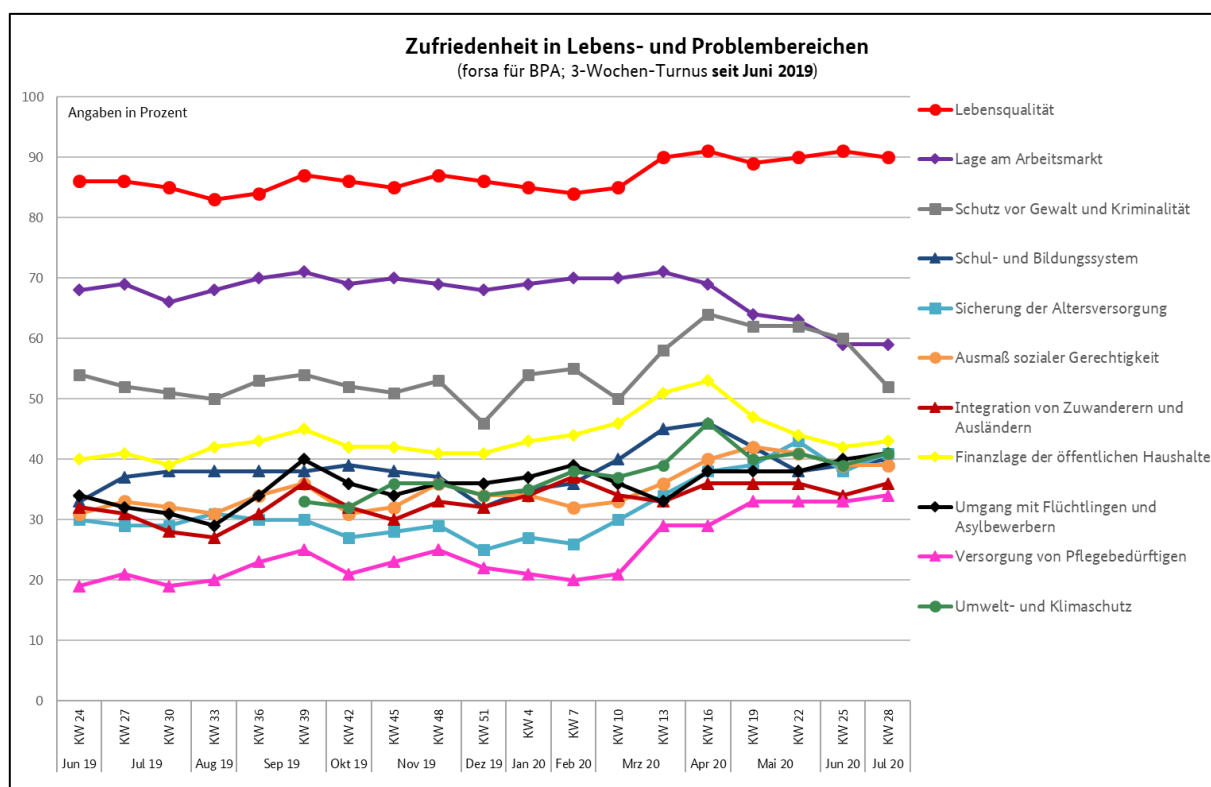
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (90 %), der Lage am Arbeitsmarkt (59 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (52 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Gutverdiener sind häufiger zufrieden oder sehr zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt als Geringverdiener (66 % zu 44 %) und unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (65 % zu 47 %). Personen mit einfacher formaler Bildung (43 %) und Anhänger der AfD (47 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden.

Personen mit einfacher (68 %), Ostdeutsche (57 %) und Anhänger der AfD (80 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Hingegen zeigen sich Personen mit hoher formaler Bildung (60 %) und Anhänger der Grünen (67 %) überdurchschnittlich oft zufrieden. Auch unter 30-Jährige sind häufiger zufrieden als über 60-Jährige (63 % zu 43 %).

Anhänger der AfD (55 %) sind überdurchschnittlich häufig zufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz. Hingegen sind Anhänger der Grünen (82 %) und der Linkspartei (76 %) besonders oft unzufrieden.

Über 60-Jährige sind häufiger zufrieden oder sehr zufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung als unter 60-Jährige (55 % zu 33 %). 30- bis 59-Jährige (67 %) und Anhänger der AfD (75 %) sind hingegen oft unzufrieden.



Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

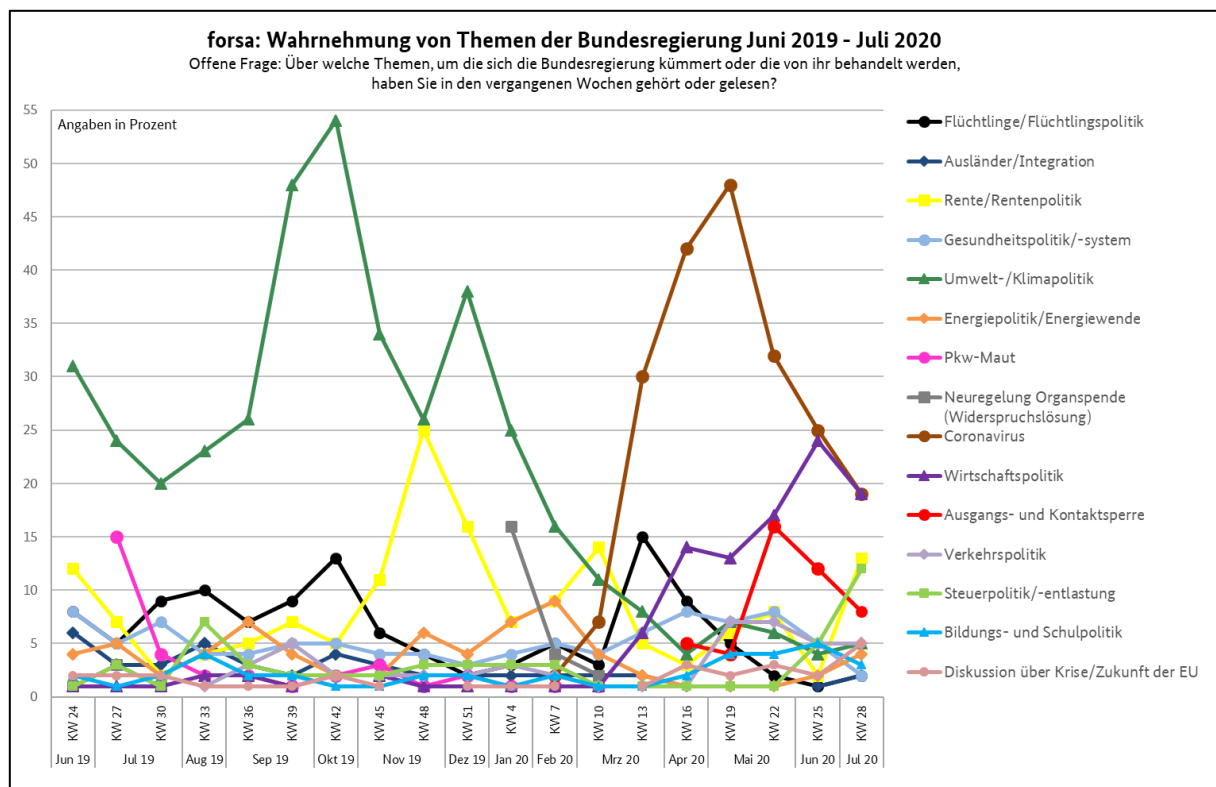
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA
Coronavirus	19 (-6)
Wirtschaftspolitik	19 (-5)
Rente/Rentenpolitik	13 (+12)
Steuerpolitik/-entlastung	12 (+7)
Ausgangs- und Kontaktsperre	8 (-4)
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	5 (+3)
Verkehrspolitik	5 (-)
Umwelt-/Klimapolitik	5 (+1)
Erhebungszeitraum	29.06.-03.07.

Das Coronavirus und die Wirtschaftspolitik sind erneut die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Im Vergleich zur letzten Erhebung haben beide Themen aber an Bedeutung verloren (Coronavirus -6 Prozentpunkte; Wirtschaftspolitik -5 Prozentpunkte).

Gutverdiener nennen die Wirtschaftspolitik häufiger als Geringverdiener (25 % zu 9 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (24 % zu 10 %).

Über 60-Jährige nennen die Rentenpolitik überdurchschnittlich oft (22 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	67 (+3)
Allgemeine Wirtschaftslage	10 (+1)
US-Präsident Donald Trump	6 (+2)
Unruhen in den USA wegen Polizeigewalt	5 (-)
USA	5 (+2)
Coronavirus-Ausbruch bei Tönnies	4 (-2)
Erhebungszeitraum	06.-08.07.

Weiterhin beschäftigen sich die meisten Bundesbürger vorwiegend mit dem Coronavirus. Personen mit einfacher formaler Bildung (76 %) beschäftigen sich häufiger damit als Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung (65 %).

